

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig:** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 4506

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. **Nettome-Kolonelle** 7.50 Mk. — **Telefon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Nachnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Berschärfung der Lage in Oberschlesien.

Die neuesten Meldungen aus Oberschlesien lassen eine neue bedenkliche Verschärfung der Lage erkennen. Es ist zu neuen scharfen heftigen Kämpfen mit polnischen Aufständischen gekommen. Wie es heißt, haben Entente-Truppen und deutscher Selbstschutz nach einem gemeinschaftlich entworfenen Plan erfolgreiche Vorstöße gegen die Polen unternommen. Da nach den eingelaufenen Berichten auch die Polen Verstärkungen von jenseits der Grenze erhalten, spitzt sich die Situation erneut in bedrohlicher Weise zu. Angesichts dieser neuesten Vorgänge erwächst der deutschen Regierung die Aufgabe, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit sich nicht durch das Eingreifen der deutschen Nationalisten die Lage noch verschlimmert. Andererseits haben die Alliierten die Pflicht dafür zu sorgen, daß neue Vorstöße und Übergriffe der Polen energig abgewehrt werden. Im übrigen ist es sehr notwendig als je, daß die Arbeiterschaft den Vorgängen in Oberschlesien die größte Aufmerksamkeit widmet.

Neue Kämpfe.

Berlin, 23. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. A.) Die Berliner Montagspost will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß im Laufe des Sonntag vier Bataillone englischer Infanterie nach Oberschlesien in Marsch gesetzt worden sind. Es war im Laufe des Sonntags nicht möglich, mit den bedrohten Städten des ober-schlesischen Industriezentrums irgendwelche Verbindung zu erhalten, da nach wie vor alle Drahtleitungen gestört sind. Aus den Kreisen Kreuzburg und Rosenburg, die allein noch telephonisch erreichbar sind, wird übereinstimmend von starken Truppenanstellungen jenseits der Grenze berichtet. Polnische Verstärkungen haben bereits die Grenze überschritten, auch Wassernachschübe sind erfolgt. Im Zusammenhang damit ist es in der Gegend von Rosenburg zu größeren Kämpfen gekommen. Nach bisherigen Meldungen müßten die Aufständischen vorerst Rosenburg, Albrechtshagen und Zoschschau räumen, doch liegen über den endgültigen Ausgang dieser zweifellos schweren Zusammenstöße abschließende Mitteilungen noch nicht vor. Bei Gogosin, im Kreise Groß-Strehlitz, blieb ein Angriff der Insurgenten erfolglos. Nach Meldungen aus Zoslau an der Grenze des Kreises Ohdritz ist wieder ein Durchzug regulärer polnischer Truppen mit 65 Geschützen und Munition festgestellt worden. Da die Polen begonnen hatten, eine Eisenbahn von Zoslau bis zur Grenze zu legen und nachdem Quartermäcker für polnische Kavallerie eingetroffen waren, eigneten sich leitende Kreise der Entente Stellen und des deutschen Selbstschutzes auf einen gemeinsamen Säuberungsplan. Die Leitung übernahm der englische Major Keating. Den Unterbefehl über die deutsche Abwehrpolizei und den deutschen Selbstschutz führt Generalleutnant a. D. Höfer, ein geborener Oberschlesier. In einem umfassenden Vorstoß von Krappitz und Rosel wurde von diesen Streitkräften der Annaberg, im Kreise Rosel, mit über 100 Meter der höchste Punkt in Oberschlesien, genommen. Der Annaberg, ein berühmter Wallfahrtsort, war drei Wochen von den Polen besetzt und mit Artillerie bespitzt worden. Er beherrscht das Land weit hinaus und ist entscheidend für mehrere wichtige Eisenbahnlinien. Die Polen wurden völlig geworfen, sie verloren drei Geschütze. Gleichzeitig wurde im Nordosten des Annaberges der Großstein genommen. Die Polen verloren zwei Minenwerfer und viele schwere Maschinengewehre.

(Eine Reuters-Meldung besagt, daß die Nachrichten, wonach das britische Kriegsamt Infanterie, Kavallerie und Luftschiffstreitkräfte in größerer Zahl für Oberschlesien bestimmt habe, jeder Begründung entbehren.)

Berlin, 23. Mai. Nach einer Meldung der Vossischen Zeitung haben die polnischen Insurgenten der Stadt Kattowitz seit gestern abend die Wasserzufuhr und das elektrische Licht abgeknippt. Sämtliche Telephon- und Telegraphenleitungen zum Industriezweck sind, Blättermeldungen aus Oppeln zufolge, von den Aufständischen durchschnitten worden. Nach in Oppeln eingetroffenen Meldungen soll polnisches Militär in Süd-Oberschlesien in erheblicher Stärke angekommen sein.

Die Haltung der Alliierten.

London, 21. Mai. Daily Telegraph meldet, die diplomatischen Kreise seien allgemein für eine eingehende Prüfung der Grenzfrage durch Sachverständige und Juristen, bevor sich der Oberste Rat damit befaßt. — Die von Graf Sorja vorgeschlagene Grenzlinie neige mehr der französischen als der von England vorgeschlagenen. Graf Sorja habe weniger die Ansicht des italienischen Oberkommissars in Oberschlesien, des Generals Marin, berücksichtigt, als die der fähigsten Juristen der Consulta.

Paris, 22. Mai. Nach einer Havas-Meldung aus London hat der französische Botschafter gestern im Auswärtigen Amt nachdrücklich auf die Notwendigkeit hingewiesen, ein engeres Zusammenarbeiten der Mitglieder der interalliierten Kommission in Oppeln herbeizuführen zur Wiederherstellung der Ordnung, die durch einen gemeinsamen Schritt bei den Aufstrebenden wesentlich erleichtert werden könnte. Bekanntlich hat, heißt es in der Meldung weiter, der britische Vertreter bei der Kommission, Oberst Percival, bisher keinerlei Verhandlungen mit den Aufstrebenden begonnen wollen, weil er der Auffassung ist, daß ein solcher Schritt schließlich zur Anerkennung ihrer Autorität führen würde.

Paris, 21. Mai. Die Chicago Tribune meldet aus Washington, in amtlichen Kreisen lehne man eine Neußerung über die Behauptung Lord Georges ab, daß die amerikanische öffentliche Meinung auf Seiten Englands und Italiens gegen die französische Haltung in der ober-schlesischen Frage sei; aber man habe sich auch nicht bemüht, diese Behauptung zu widerlegen. Der allgemeine Eindruck auf Grund dessen, was aus maßgebender Quelle über die Stellung der Regierung verlautet, gehe dahin, daß, wenn es für die Vereinigten Staaten überhaupt nötig werde, eine Entscheidung zu treffen, sie wahrscheinlich den englischen und italienischen Standpunkt unterstützen würden.

London, 21. Mai. Times melden aus New York, solange die polnische Frage nur eine Grenzfrage bleibe, habe Amerika kein Interesse daran; in dem Augenblick jedoch, wo sie einen europäischen Krieg zu entfesseln drohe, der die wirtschaftliche Wohlfahrt der Vereinigten Staaten in Mitleidenschaft ziehe, nehme Amerika einen Anteil an dieser Frage und würde vielleicht seinen Einfluß zur Herbeiführung einer Lösung geltend machen.

Zurückziehung der italienischen Truppen?

Rom, 22. Mai. Der Messagero schreibt, daß Italien zwar nicht die Zurückziehung der Truppen aus Oberschlesien beschloß, wohl aber die Verbündeten daran erinnert habe, daß die italienischen Truppen dort nur zu Polizeizwecken, nicht aber zu Kriegszwecken dienen sollten, weshalb sie denn auch von jetzt ab die Verbindung mit den Aufständischen meiden würden. Falls die Zustände in Oberschlesien sich verschlimmern sollten, wäre ihre Zurückziehung nicht ausgeschlossen.

Die Durchführung der Entwaffnungsforderungen.

Berlin, 22. Mai. Mit dem 22. Mai lief die zweite Frist ab, die der deutschen Regierung von der interalliierten Militär-Kontrollkommission zur Ausführung des Ultimatum's gesetzt worden war. Die Kommission hat verlangt, daß in Zukunft jede Verbesserung von Waffen und andern Heeresmaterial einschließlich der durch die Ablieferung, Zerstörung oder Anbrauchsbarmachung notwendig werdenden Verbesserungen verboten sein soll, falls sie nicht von der Kommission vorher genehmigt worden ist. Die zu diesem Zwecke gegebenen Befehle sollten der Kommission vor dem 23. Mai mitgeteilt werden; sie sollten auch auf das Material Anwendung finden, das sich aus irgendeinem Grunde im Besitz der Reichstreuhandgesellschaft befindet.

Das Reichswehrministerium hat einen diesen Forderungen entsprechenden Befehl am 19. Mai erlassen; die erforderlichen Anweisungen für das im Besitz der Reichstreuhandgesellschaft befindliche Material sind vom Reichswehrministerium am 21. Mai getroffen worden. Beide Anordnungen sind am 21. Mai zur Kenntnis der Kontrollkommission gebracht worden.

Solange die Durchführung der Entwaffnungsforderungen der Entente sich auf Befehle und Anweisungen beschränkt, geht die Durchführung des Entwaffnungsultimatum's noch glatt von statten. Wie aber wird die neue Reichsregierung die Probe bestehen, wenn der Termin, an dem die wichtigsten Entwaffnungsforderungen, die Auflösung der Einwohnerwehren und Ortschaftsformationen, der Schutztruppen der Reaktion, und die Bestandsverminderung und Entmilitarisierung der Polizei, erfüllt sein müssen, herannahen? Was ist bisher geschehen, um die Durchführung dieser Forderungen vorzubereiten? Die Reichsregierung hat ein gleichlautendes Rundschreiben an alle Landesregierungen mit der gehorhamen Bitte um Auflösung der Einwohnerwehren geschickt. Die bayerische Regierung hat sich daraufhin in tiefstem Schwelgen geflüßt, das bis zum heutigen Tage noch nicht gebrochen wurde und von der Reichsregierung ehrsüchtig respektiert wird. Auf der andern Seite aber beweisen die bayerischen Kauf- und Saufbrüder Elshenrichs wieder einmal ihre „Annenblichkeit“, indem sie Betriebsräte, die ihre Amtspflicht erfüllen, verprügeln und durch die Anzettelung eines Bandenkrieges in Oberschlesien Deutschland ins Unrecht setzen und England und Italien, die sich für eine deutschfreundliche Lösung der ober-schlesischen Frage einsetzen, Knüppel zwischen die Beine werfen. Man kann unter diesen Umständen gespannt sein, wie die ohnmächtige Reichsregierung, der die reaktionäre militärische Bewegung mehr und mehr über den Kopf zu wachsen scheint, ihr Entwaffnungsversprechen einlösen wird.

Kampfschlossenheit der schottischen Bergarbeiter.

Lord Northcliffe hatte eine längere Unterredung mit dem Führer des schottischen Grubenarbeiterverbandes. Nach der Unterredung erklärte er, er sei betroffen über die Kampfschlossenheit der schottischen Grubenarbeiter. Seiner Meinung nach sei das Ende des Konfliktes noch nicht abzusehen. In Glasgow sind drei Eisenbahnarbeiter entlassen worden, da sie sich weigerten, Getreide zu transportieren. Es wird auch berichtet, den Lieferern sei auszuweichen. Die Grubenbesitzer in Durham und Northumberland haben einen Vorschlag unterbreitet, die verärgerten Grubenarbeiter unter eine Verwaltung zu bringen, damit der Betrieb wirtschaftlicher gemacht werden kann.

Sühne oder Komödie?

Wenn es in dieser trostlosen Lage einen Trost gibt, so ist es der, daß die ganze traurige Angelegenheit in die Hand des deutschen Reichsgerichts gelegt wird. Es hat Vertrauen im Inland, im Ausland, in der ganzen Welt. Sein unbestechlicher Wahrheitsinn wird aus der Katastrophe retten, was heutzutage überhaupt noch an Gerechtigkeit gerettet werden kann.

(Professor Kahl als Berichterstatter in der Nationalversammlung am 4. März 1920.)

Nun wird die Angelegenheit dem Reichsgericht unterbreitet. Sie ist damit in gute Hände gelegt. (Reichsjustizminister Schiffer in derselben Sitzung der Nationalversammlung.)

Mit dem immer schnelleren Wettstreiten der europäischen Militärmächte seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ging eine raffinierte Verfeinerung der Mordtechnik Hand in Hand. Wissenschaft und Industrie wett-eiferten, die besten und vollkommensten Mordwerkzeuge herzustellen und die Konkurrenzkräfte zu schlagen. Selbst den Militärs standen bei dem Gedanken manchmal die Haare zu Berge, welche Wirkung diese Höllenmaschinen einstmals in der Praxis haben werden. Zur Beruhigung der Bevölkerung erfind man die schöne Theorie, daß jeder Fortschritt auf dem Gebiete der Mordtechnik den Krieg unmöglich mache; wenn er aber doch ausbrechen sollte, so werde er humaner und kürzer als die früheren sein. Monatslang saßen die gelehrten Staatshäupter seit 1899 im Haag, um neue Vorschriften für Kriegsgebäude mit internationaler Geltung auszuarbeiten. Soviel dämmerte den Herren, daß wenn die Kriegskriege einmal erst entfesselt ist, es kein Halten mehr gibt. Was inzwischen wirklich geschehen ist, konnte damals freilich niemand voraussehen. Im dritten Kriegsjahre erlärte der Papst in einer Kundgebung: „Europa gleicht nur noch einem Leichen- und Trümmerfeld.“

Den Krieg in der bestialischsten Weise zu führen, klagten die Ententeländer und auch die neutrale Desfentlichkeit die deutsche Regierung und die Heeresleitung von Anfang an, wobei sie sich nicht nur auf die jedermann sichtbaren Folgen, sondern auch auf Aussprüche und Befehle deutscher Heerführer berufen konnten; es sei nur an den Befehl des bayerischen Kuprecht, daß keine englischen Gefangenen zu machen seien, und an den Ausspruch Hindenburgs, der grausamste Krieg sei der humanste, weil kürzeste, erinner. Mit einem kaum noch zu überbietenden Terror glaubten die deutschen Machthaber sich die fremden Völker am schnellsten unterwerfen und gefügig machen zu können und die schamlose Kapitalistenpresse, die jetzt nicht genug über die Vergewaltigung Deutschlands heulweinen kann, schrieb damals Tag für Tag: „Sie mögen uns hassen, wenn sie uns nur fürchten!“ Noch bei der letzten Konferenz zwischen den deutschen Regierungsvorstehern und denen der Entente im März dieses Jahres überreichte Lord George dem deutschen Außenminister Simons ein Album mit Bildern über die zerstörten Gebiete Frankreichs. Ein deutsches Erinnerungszeichen!

Aber nicht nur um die barbarische Zerstörung von Land und Sachgütern und um planmäßige Plünderungen handelt es sich, sondern um Mord, Vergewaltigung von Frauen und Mädchen und um Quälereien der fremden Soldaten und der Zivilbevölkerung. Nimmt man den Maßstab daran, wie die deutschen Gewalttäter mit den eigenen Soldaten und der eigenen Zivilbevölkerung umgesprungen sind — und wo diese Verbrecher die Macht haben, es heute noch tun —, so bedarf es keinen besonderen Nachweises mehr, daß die fremden Anklagen gegen sie nur allzu begründet sind.

Nicht genug damit, daß der Krieg deutscherseits in einer bisher unerhörten und ungekannten Weise geführt wurde, es wurde auch gefordert, daß nach Kriegsende die englischen und französischen Staatslenker und Heerführer vor deutsche Gerichte zur Aburteilung kommen müßten, wobei besonders immer nach dem Kopfe Greys verlangt wurde. Das war selbstverständlich nur für den Fall des deutschen Sieges, woran zu zweifeln aber höchstens Vaterlandsverrätern einfallen konnte. Jetzt, wo der Sieg auf der andern Seite ist, schreibt man über Unrecht und Vergewaltigung und möchte auch daraus nationalistisches Kapital schlagen. Auch gegen die fortgesetzten Behauptungen, daß es eine Beleidigung der „Nationallehre“ sei, „verdiente und angesehene“ Männer jetzt vor ein Gericht zu stellen, muß Einspruch erhoben werden. Nach jedem Krieg hat es Gerichtsverhandlungen gegen „verdiente und angesehene“ Männer gegeben, und wenn das deutsche Volk mehr Gerechtigkeitssinn und Rechtsempfinden hätte, so hätte es schon von sich aus die Kriegsverbrecher vor ein Gericht stellen müssen. Nach den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags, den Deutschland unterschrieben hat, sollte ein besonderer Gerichtshof, von den Vereinigten Staaten, Amerika, England, Frankreich, Italien und Japan besetzt, eingesetzt werden, der „über Wilhelm II. von Hohenzollern wegen schwerster Verletzung des internationalen Sittengesetzes und der Heiligkeit der Verträge, urteilen sollte.“ Dazu ist es nicht gekommen, weil Holland den Ausreißer bisher nicht ausgeliefert hat.